



## **IW-Trends 3/2020**

# **Wie verteilt sich der Wohlstand in Deutschland?**

Mariano Calderón / Judith Niehues / Maximilian Stockhausen

Vorabversion aus: IW-Trends, 47. Jg. Nr. 3  
Herausgegeben vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln e. V.

Verantwortliche Redakteure:

Prof. Dr. Michael Grömling, Telefon: 0221 4981-776

Holger Schäfer, Telefon: 030 27877-124

groemling@iwkoeln.de · schaefer.holger@iwkoeln.de · www.iwkoeln.de

Die IW-Trends erscheinen viermal jährlich, Bezugspreis € 50,75/Jahr inkl. Versandkosten.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung erhalten Sie über  
lizenzen@iwkoeln.de.

ISSN 0941-6838 (Printversion)

ISSN 1864-810X (Onlineversion)

© 2020 Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH

Postfach 10 18 63, 50458 Köln

Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln

Telefon: 0221 4981-452

Fax: 0221 4981-445

iwmedien@iwkoeln.de

www.iwmedien.de

# Wie verteilt sich der Wohlstand in Deutschland? Eine kombinierte Betrachtung von Einkommen und Vermögen

Mariano Calderón / Judith Niehues / Maximilian Stockhausen, Juli 2020

## Zusammenfassung

Häufig fokussieren Verteilungsanalysen entweder auf Einkommen oder Vermögen. Ein umfassendes Bild des materiellen Wohlstands der Haushalte ergibt sich erst durch eine kombinierte Betrachtung beider Größen. Die vorliegende Analyse ermittelt daher, wie sich das Einkommen der Haushalte und ihre Zugehörigkeit zu Einkommensschichten verändert, wenn das vorhandene Vermögen hypothetisch auf die erwartete Restlebenszeit aufgeteilt wird. Da höhere Einkommen tendenziell mit höheren Vermögen einhergehen, führt das erweiterte Einkommen zu einer höheren Ungleichheit. Die höhere Konzentration der Vermögen wird jedoch nicht vollständig auf die Einkommen übertragen, da auch ein Teil der Menschen mit geringen und mittleren Einkommen über nennenswerte Vermögen verfügt. Durch die kombinierte Betrachtung wird vor allem deutlich, dass die über 65-Jährigen zwar über unterdurchschnittliche Einkommen verfügen, aber häufiger über höhere Vermögenswerte. Dies führt in Summe zu einer Verbesserung ihrer Wohlstandsposition gegenüber den Jüngeren und zu einem höheren Anteil der Älteren in der oberen Mittelschicht und bei den relativ Reichen, wenn erweiterte Einkommen berücksichtigt werden. Wenngleich es sich um eine hypothetische Betrachtung handelt, die weiterhin mit Unsicherheiten bei der Vermögenserfassung behaftet ist, verdeutlicht die Analyse, dass bei der Abschätzung von Alterseffekten die Berücksichtigung von Vermögen bedeutend ist. Unter Einbeziehung von Vermögen tritt noch deutlicher hervor, dass Ältere unterdurchschnittlich häufig von Armutsrisiken betroffen sind. Die Unterschiede in der kombinierten Ressourcenausstattung sollten bei der Bewertung von Einkommensrisiken Berücksichtigung finden.

Stichwörter: Einkommensverteilung, Vermögensverteilung, Einkommensschichten, Niedrigeinkommen, Armut

JEL-Klassifikation: D31, D63, I32

DOI: 10.2373/1864-810X.20-03-03

### **Einkommensrisiken der Corona-Pandemie**

Die Corona-Pandemie stellt für viele Haushalte eine bisher ungekannte finanzielle Herausforderung dar, die mit zunehmender Krisendauer und bei einer langsamen wirtschaftlichen Erholung weiter zunehmen dürfte. Die besondere Schwere der gegenwärtigen Krise drückt sich besonders in der hohen Anzahl der Kurzarbeiter aus.

Einen Hinweis auf die damit einhergehenden (temporären) Einkommensausfälle geben die ersten Ergebnisse der Covid-19-Sondererhebung des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) (Schröder et al., 2020a). Rund 17 Prozent aller Erwerbstätigen gaben an, in der ersten Aprilhälfte in Kurzarbeit gewesen zu sein. Im unteren und oberen Einkommensdrittel lag die Quote bei jeweils 21 Prozent, in der Einkommensmitte fiel sie mit 12 Prozent erkennbar niedriger aus. Auch mit Blick auf die Auswirkungen auf die Erwerbseinkommen sind die Effekte an den Rändern gemäß dieser Befragung ausgeprägter als in der Mitte. Wie genau die Verluste bei den Erwerbseinkommen verteilt sind, lässt sich derzeit noch nicht ermitteln. Unklar ist auch, welche Verluste sich bei den Kapitaleinkommen der Haushalte einstellen werden, die eher im oberen Einkommensbereich konzentriert sind.

Angesichts dieser Verwerfungen auf der Einkommensseite, die zum jetzigen Zeitpunkt noch als temporär angesehen werden können, rückt die Bedeutung von Vermögen in den Fokus, da es zur Absicherung von unerwarteten Einkommensausfällen und zur Glättung des Konsums aufgewendet werden kann. Wenngleich Vermögen bereits indirekt in Form von Vermögenseinkommen wie Zinsen und Dividenden, Mieteinnahmen oder dem unterstellten Mietwert von selbstgenutztem Wohneigentum in die verfügbaren Haushaltseinkommen einfließen, so bestünde theoretisch die Möglichkeit, den Vermögensbestand komplett oder teilweise aufzulösen und zur Ergänzung der laufenden Einkommen zu verwenden (Niehues/Schröder, 2012).

Bereits frühere Arbeiten (Hauser et al., 2007, 135; Brandolini et al., 2010) haben auf diese Funktion des Vermögens hingewiesen und sind sich darin einig, dass nur die kombinierte Betrachtung von Einkommen und Vermögen ein vollständiges Bild des materiellen Wohlstands und der finanziellen Widerstandsfähigkeit der Haushalte zeichnen kann. Vor allem Altersunterschiede erweisen sich bei der Erklärung

von Vermögensunterschieden als bedeutend, da Vermögen in aller Regel erst im Laufe des Lebens langsam aufgebaut werden und ältere Personen daher tendenziell über größere Rücklagen zur Absicherung von Einkommensausfällen verfügen. Bereits vor der Corona-Krise wurden nicht zuletzt im Rahmen der Debatten um die Grundrente Armutsrisiken nach Altersgruppen kontrovers diskutiert (Pimpertz/ Stockhausen, 2019). Da sich bestehende Verteilungs- und Generationenkonflikte durch die Krise verschärfen können, ist die Berücksichtigung finanzieller Rücklagen nach Altersgruppen von großem Interesse.

### Methoden

Für die gemeinsame Untersuchung von Einkommen und Vermögen finden sich in der Literatur zwei Ansätze, die sich in eindimensionale und zweidimensionale Methoden unterscheiden lassen.

Bei **eindimensionalen Methoden** wird der Vermögensbestand in regelmäßige Zahlungen aufgeteilt und zum laufenden Einkommen hinzuaddiert, um somit Einkommen und Vermögen in eine einzelne Variable zu integrieren. Dies folgt dem Gedanken, dass Einkommen und Vermögen im Wesentlichen zwei substituierbare Quellen finanzieller Ressourcenausstattung sind (Brandolini et al., 2010). Der eindimensionale Ansatz geht zurück auf Weisbrod und Hansen (1968), die dafür eine Annuität aus dem Wert des bestehenden Nettovermögens berechnen. Die Annuität entspricht normalerweise dem jährlichen Betrag, den man bei gegebenem Zinssatz zahlen müsste, um eine Schuld über einen bestimmten Zeitraum zurückzuzahlen. Das integrierte Einkommenskonzept berechnet somit, wie viel zusätzliches Einkommen der Haushalt hypothetisch pro Jahr erhalten würde, wenn er den Wert seines Nettovermögens verleihen würde und dieses Darlehen über einen gewissen Zeitraum und bei gegebenem Zinssatz zurückgezahlt wird.

Brandolini et al. (2010) wenden diesen Ansatz auf Daten der Luxembourg Wealth Study aus dem Jahr 2002 an und ermitteln für Deutschland eine relative Armutsquote (gemessen mit 50 Prozent des Medians) ohne Einkommenserweiterung in Höhe von 12,9 Prozent. Unter Verwendung der integrierten Vermögenseinkommen und einem Zinssatz von 2 Prozent sinkt die Quote bei unveränderter Armutsschwelle auf 11,3 Prozent.

Die Bestimmung des erweiterten Einkommens mithilfe von Annuitäten erfordert eine Reihe nicht trivialer Annahmen, beispielsweise bezüglich des Zeitraums, in dem das Vermögen hypothetisch verzehrt wird. Dafür kann die erwartete Lebensdauer der Haushaltsmitglieder abhängig von ihrem Geburtsjahrgang, Geschlecht und Wohnort herangezogen werden. In vielen Fällen wird der Annuitätenzeitraum jedoch einzig von der erwarteten Lebensdauer des Haushaltsvorstands abhängig gemacht (Hauser et al., 2007). Unabhängig von den konkreten Annahmen profitieren ältere Haushalte stärker von dieser Erweiterung des Einkommensbegriffs als jüngere Haushalte. Ältere Haushalte haben bei gleichen Voraussetzungen nicht nur länger Vermögen aufbauen können, sondern teilen ihre Vermögen gemäß der kürzeren, noch verbleibenden Lebenszeit auch über weniger Perioden auf. Hierbei wird nicht weiter berücksichtigt, ob Teile des Vermögens nicht vollständig konsumiert werden, um beispielsweise zur finanziellen Absicherung eines Hinterbliebenen zu fungieren. Da sich nur schwer abschätzen lässt, wie hoch solche Vermögenswerte für einzelne Haushalte und Personen ausfallen würden, wird wie in der Literatur üblich auf eine Modellierung verzichtet (Brandolini et al., 2010).

Zudem erfordert die Annuitätenmethode eine Annahme über die Verzinsung, wofür die Literatur in der Regel einen durchschnittlichen Wert von 2 Prozent auswählt (Weisbrod/Hansen, 1968; Bosch, 1998; Brandolini et al., 2010; Kuypers/Marx, 2018). Die Zinshöhe hat zwar erhebliche Auswirkungen auf die Höhe der Annuitäten, dennoch weisen die Studien von Brandolini et al. (2010) sowie Kuypers und Marx (2018) nur einen relativ geringen Effekt auf die durchschnittlichen Armutsrisiken auf. An den grundlegenden Wirkungsrichtungen ändert sich daher nichts.

**Zweidimensionale Methoden** betrachten hingegen jede Verteilung (Einkommen und Vermögen) für sich und legen jeweils separate Schwellenwerte fest, die ein relativ niedriges materielles Wohlstandsniveau widerspiegeln sollen. Dadurch kann die materielle Situation eines Haushalts anhand seiner Position über oder unter der jeweiligen Schwelle beschrieben werden. Das Kriterium „einkommensarm“ wird häufig analog zur Niedrigeinkommensschwelle (60 Prozent des bedarfsgewichteten Nettoeinkommens, auch Armutsgefährdungsquote genannt) definiert. Bei der Bestimmung von Vermögensarmut gibt es allerdings weniger Einigkeit. Ein Zweig der Literatur definiert die Linie der Vermögensarmut analog zur Niedrigeinkommensschwelle als 60 Prozent des Medians der (bedarfsgewichteten) Nettover-

mögen (Grabka/Westermeier, 2014; Köhler, 2016; Goebel/Grabka, 2018). Mithilfe von SOEP-Daten für das Jahr 2012 identifiziert zum Beispiel Köhler (2016) 2,6 Prozent der Haushalte als einkommensarm und nicht vermögensarm sowie 12,7 Prozent mit geringem Einkommen und geringem Vermögen als „twice poor“.

Die vorliegende Studie analysiert die einzelnen Dimensionen beim Übergang vom konventionellen Einkommen zum erweiterten Einkommen inklusive Vermögensannuitäten, fokussiert dann jedoch auf den eindimensionalen Ansatz. Zudem steht im Gegensatz zu bisherigen Studien nicht nur der Niedrigeinkommensbereich im Fokus der Analyse, sondern vielmehr die allgemeine Zugehörigkeit zu unterschiedlichen Einkommensschichten wie der Mittelschicht oder dem Hocheinkommensbereich. Darüber hinaus steht im Vordergrund, wie sich die Altersstruktur der Schichten je nach Einkommenskonzept verändert und welche Altersgruppen finanziell am besten ausgestattet sind, wenn ein kombiniertes Wohlstandsmaß aus Einkommen und Vermögen verwendet wird.

## Daten

Die Datengrundlage für die Betrachtung der gemeinsamen Verteilung von Einkommen und Vermögen ist das SOEP (2020). Informationen zur Vermögenssituation wurden letztmalig im Jahr 2017 abgefragt, das damit auch das Untersuchungsjahr darstellt. Da die jährlichen Einkommensdaten in 2017 retrospektiv erhoben worden sind, beziehen sie sich tatsächlich auf das Jahr 2016.

Eine Einschränkung der Repräsentativität der Ergebnisse ergibt sich dadurch, dass im Jahr 2017 keine Vermögensinformationen für die Geflüchtetenstichproben M3 bis M5 erhoben wurden. Um einen konsistenten Vergleich zwischen den konventionellen Haushaltsnettoeinkommen und den erweiterten Einkommen sicherzustellen, werden diese Subsamples aus der Analyse ausgeschlossen.

Ausgangspunkt der Analyse ist die Verteilung der **Haushaltsnettoeinkommen** in Preisen von 2016. Diese sind definiert als die Summe der Arbeits- und Kapitaleinkommen aller Haushaltsmitglieder abzüglich der Summe der zu zahlenden Steuern und Sozialabgaben. Sie enthalten ebenfalls alle empfangenen privaten und öffentlichen Transfers wie Kindergeld, private und gesetzliche Renten oder (aufstockende) Arbeitslosengelder.

Der geschätzte geldwerte Vorteil aus selbstgenutztem Wohneigentum bleibt nur bei den Vergleichen mit dem konventionellen Einkommenskonzept berücksichtigt, da das Wohneigentum beim erweiterten Einkommen bereits in die Vermögensannuität einfließt. Würde der Vorteil aus selbstgenutztem Wohneigentum als Einkommenskomponente neben der Annuität berücksichtigt, ergäbe sich eine Doppelzählung. An dieser Stelle wird nochmals betont, dass es sich bei der Annuität und der möglichen Auflösung des Vermögens nur um eine hypothetische Betrachtung handelt. Es impliziert nicht, dass Haushalte tatsächlich ihr Vermögen oder Teile davon in eine Annuität umwandeln, es sollten oder es können. Aus diesem Grund wird ebenfalls auf die Berücksichtigung konkreter Schonvermögensregeln und die Diskussion von Motiven zur Hinterbliebenenabsicherung verzichtet.

Des Weiteren wird bei der Ermittlung des erweiterten Einkommens die Summe der Kapitaleinkünfte vom Haushaltsnettoeinkommen abgezogen, wozu Zinsen, Dividenden und Einnahmen aus Vermietung gehören. Hier greift das gleiche Argument der doppelten Erfassung wie beim selbstgenutzten Wohneigentum.

Ausgangspunkt für die Vermögensbetrachtung sind die **Nettovermögen** der Haushalte. Diese verstehen sich als Geld- und Sachvermögen inklusive des Werts von Fahrzeugen abzüglich der Schulden der Haushalte (inklusive Studienkredite). Bei den Analysen gilt es zu beachten, dass die Erfassung von Vermögen in Befragungsdaten mit hohen Unsicherheiten behaftet ist. Neben der vieldiskutierten unzureichenden Erfassung Hochvermögender sowie des Betriebsvermögens sind auch Komponenten des Geldvermögens unzureichend abgebildet. Beispielsweise bildet das SOEP nur rund 40 Prozent der laut Deutschen Bundesbank in Versicherungen gehaltenen Vermögen ab (Beznoska et al., 2017). Private Versicherungen spielen zwar auch im oberen Vermögensbereich eine Rolle (Schröder et al., 2020b, 591). Trotzdem bleibt nach spezieller Befragung Hochvermögender weiterhin ein substantieller Anteil der laut Referenzstatistik in Versicherung gehaltenen Vermögen untererfasst. Auch eine integrierte Analyse der Einkommen und Vermögen kann somit zwar Hinweise auf die finanzielle Ausstattung der Haushalte liefern, aber nicht den Anspruch einer vollständigen Abbildung der tatsächlichen Wohlstandsverhältnisse erfüllen.



Gegenüber der konventionellen Vermögensbetrachtung werden die Vermögen um den Marktwert der privaten Versicherungen reduziert, wenn Einkommen aus privaten Rentenzahlungen vorliegen, damit es auch hier nicht zu Doppelzählungen kommt. Dahinter steht die Annahme, dass sich das Versicherungsvermögen von Jahr zu Jahr um die Summe der ausgezahlten privaten Renten reduziert. Würden andersherum die privaten Renten vom Haushaltsnettoeinkommen abgezogen und der aktuell beobachtbare Wert der Versicherungen würde bis zum Ende der (statistischen) Lebenserwartung aufgeteilt werden, so könnte die daraus ermittelte Annuität geringer ausfallen als die durch den Versicherer ermittelte private Rentenzahlung. Insgesamt betrifft dies jedoch nur einige wenige Haushalte im höheren Alter und hat damit nur einen äußerst geringen Einfluss auf die Ergebnisse.

Zur Berechnung der Vermögensannuitäten wird ein realer Zinssatz von jährlich 2 Prozent angenommen. Der Zeitraum, in dem das Vermögen aufgebraucht wird, bestimmt sich aus der Differenz der fernen Lebenserwartung des Haushaltsvorstands und seinem Alter zum Beobachtungszeitpunkt. Diese beiden Annahmen entsprechen dem üblichen Vorgehen (Brandolini et al., 2010). Informationen zur fernen Lebenserwartung entstammen der Periodensterbetafel für Deutschland 2016/2018 des Statistischen Bundesamtes (2019), wobei zusätzlich nach dem Geschlecht sowie den alten und neuen Bundesländern unterschieden wird.

### Synthese von Einkommen und Vermögen

Zunächst erfolgt eine getrennte Analyse der Einkommens- und Vermögensverteilung, um ein Verständnis für die grundlegenden Unterschiede und Gemeinsamkeiten beider Verteilungen zu erhalten (Tabelle). Darüber hinaus werden die einzelnen Komponenten zur Bildung der erweiterten Einkommen gezeigt. Der für die spätere Abgrenzung der IW-Schichten relevante Median der bedarfsgewichteten konventionellen Haushaltsnettoeinkommen (ohne Berücksichtigung der Geflüchtetenstichproben M3 bis M5) lag im Einkommensjahr 2016 bei 1.885 Euro im Monat. Daraus ergibt sich eine Niedrigeinkommenschwelle von 1.131 Euro für einen Alleinstehenden. Zu den oberen 10 Prozent der Einkommensbezieher zählen alle Haushalte mit einem monatlichen Einkommen von über 3.488 Euro. Diese Werte fallen für die angepassten Nettoeinkommen, die weder den Wert des selbstgenutzten Wohneigentums noch die Kapitaleinkünfte umfassen, entsprechend geringer aus (Spalte 2). Dies zeigt unter anderem, dass Kapitaleinkommen über die

**Indikatoren der Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland** Tabelle  
Bedarfsgewichtete Werte in Euro

	Netto- einkommen	Angepasstes Netto- einkommen <sup>1)</sup>	Netto- vermögen	Vermögens- annuität	Erweitertes Netto- einkommen
25. Perzentil	1.354	1.250	4.900	18	1.411
Mittelwert	2.150	1.928	128.086	756	2.683
Median	1.885	1.729	52.296	201	2.149
60 % des Medians	1.131	1.038	31.377	121	1.289
90. Perzentil	3.488	3.125	301.460	1.817	4.590
99. Perzentil	6.483	5.553	1.085.333	8.127	11.759
Nachrichtlich: Gini-Koeffizient	0,292	0,277	0,709	0,766	0,365

Die Perzentilsgrenzen wurden separat für jede Verteilung gebildet und summieren sich über die einzelnen Einkommensgrößen nicht zum entsprechenden Wert der erweiterten Einkommen auf. Ausnahme ist der Mittelwert, wobei es zu Rundungungenauigkeiten kommen kann. Ergebnisse ohne die Geflüchtetenstichproben M3 bis M5. Bedarfsgewichtung mithilfe der neuen OECD-Skala. 1) Nettoeinkommen abzüglich der Kapitaleinkünfte (Zinsen, Dividenden und Mieteinnahmen/Verpachtung) und ohne den geschätzten geldwerten Vorteil aus selbstgenutztem Wohneigentum.  
Quellen: SOEP v35; Institut der deutschen Wirtschaft

Tabelle: <http://dl.iwkoeln.de/index.php/s/BJEYerJC97dji6y>

gesamte Einkommensverteilung hinweg vorliegen und ihre Nichtberücksichtigung in den meisten Fällen zu einer Verringerung der verfügbaren Einkommen führt. Die Effekte sind mit höherem Einkommen stärker ausgeprägt, da die Kapitaleinkommen dort einen größeren Anteil am Gesamteinkommen ausmachen.

Mit einem Gini-Koeffizienten von 0,292 sind die konventionellen Einkommen etwas ungleichmäßiger verteilt als die angepassten Nettoeinkommen. Für Letztere liegt der Gini-Koeffizient bei rund 0,277. Im Gegensatz dazu liegt er für die bedarfsgewichteten Nettovermögen bei 0,709 und damit auf einem deutlich höheren Niveau. Die Bedarfsgewichtung der Vermögen erfolgt für eine bessere Vergleichbarkeit der Vermögens- mit den Einkommenswerten und impliziert Skalenvorteile bei dem gemeinsamen Rückgriff auf Vermögen im Haushalt. In der Literatur ist dies ein eher unübliches Vorgehen, da die Skalenvorteile des gemeinsamen Wirtschaftens bei Verwendung des Vermögens weniger klar untersucht sind als bei den Einkommen. Durch die Bedarfsgewichtung fällt die Verteilung der Vermögen gegenüber einer individuellen Betrachtung eher gleichmäßiger aus. Der bedarfsgewichtete Vermögensmedian beläuft sich auf 52.296 Euro. Die Niedrigvermögensschwelle würde analog zu den Einkommen bei 31.377 Euro liegen (60 Prozent des Medians).

Werden, wie zuvor beschrieben, aus den beobachteten Vermögenswerten Vermögensannuitäten gebildet, so ergibt sich für die Annuitäten ein Durchschnittswert von 756 Euro im Monat. Dies entspricht rund einem Drittel der durchschnittlich verfügbaren monatlichen Einkommen. Der Median ist mit rund 201 Euro im Monat jedoch deutlich niedriger. Ähnliches gilt für die Grenze des 25. Perzentils, die mit 18 Euro nur geringfügig positiv ist. Die Annualisierung der Vermögen führt zudem zu einer etwas ungleicheren Verteilung. Der Gini-Koeffizient der Vermögensannuitäten beträgt 0,766. Ursächlich ist dafür, dass die Vermögen positiv mit dem Alter zusammenhängen und sich das höhere Vermögen der Älteren über weniger Perioden aufteilt. Dies verstärkt die bestehende Vermögenskonzentration bei Betrachtung der Annuitäten. Bereits an dieser Stelle tritt somit die Bedeutung von Alterseffekten bei der Verteilung von Einkommen und Vermögen hervor.

Durch die Addition von angepassten Nettoeinkommen und Vermögensannuitäten ergibt sich das erweiterte Nettoeinkommen. Es liegt im Durchschnitt bei 2.683 Euro im Monat und damit um rund 25 Prozent über dem konventionellen Einkommen. Durch den höheren Median ergibt sich zudem eine um 14 Prozent höhere Niedrig-einkommensschwelle, die bei 1.289 Euro im Monat liegt. Im selben Zuge erhöhen sich die erweiterten Einkommen in der oberen Hälfte der Einkommensverteilung absolut und relativ stärker als in der unteren Hälfte. So steigt beispielsweise die Grenze des 90. Perzentils von 3.488 Euro auf 4.590 Euro und damit um knapp ein Drittel. Insgesamt fällt die Verteilung der erweiterten Einkommen gemessen am Gini-Koeffizienten mit 0,365 ungleicher aus als für die konventionelle Einkommensverteilung (0,292).

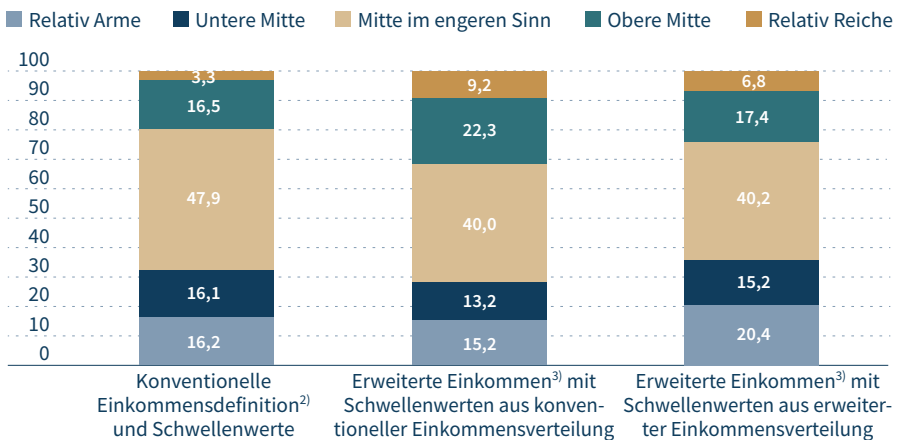
Es ist zu bemerken, dass für die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter Anwartschaften an die gesetzliche Rentenversicherung im Vermögensbestand unberücksichtigt bleiben und sich somit nicht in den erweiterten Einkommen wiederfinden. Erst im Rentenalter fließen die Zahlungen aus gesetzlicher Rentenversicherung in das Einkommen hinein. Die Ersparnisse der jüngeren Generationen werden damit tendenziell in Haushaltsbefragungsdaten unterschätzt und die Ungleichheit überschätzt.

## Veränderung der Wohlstandsposition

Um die Verteilung der erweiterten Einkommen näher zu untersuchen, wird auf die Differenzierung gemäß der IW-Einkommenschichten zurückgegriffen (Niehues et al., 2013). Die Grenzen werden in Relation zum bedarfsgewichteten Medianeinkommen abgeleitet: relativ Arme: unter 60 Prozent, untere Mitte: 60 bis 80 Prozent, Mitte im engeren Sinn: 80 bis 150 Prozent, obere Mitte: 150 bis 250 Prozent, relativ Reiche: mehr als 250 Prozent. Die Kombination von Einkommen und Vermögensannuitäten führt unter Beibehaltung der Schichtgrenzen aus der konventionellen Einkommensbetrachtung dazu, dass der Anteil der relativ Armen (Niedrigeinkommensbezieher) von 16,2 auf 15,2 Prozent sinkt und der Anteil der relativ Reichen von 3,3 auf 9,2 Prozent steigt (Abbildung 1). Gleichermäßen führt die Einbeziehung der annualisierten Vermögen zu dem Ergebnis, dass der Anteil der oberen Mitte zunimmt, während der Bevölkerungsanteil der Mitte im engeren Sinn und der unteren Mitte sinkt.

## Einkommenschichten für unterschiedliche Einkommenskonzepte und Schwellenwerte Abbildung 1

Anteile der Einkommenschichten auf Basis der IW-Abgrenzung<sup>1)</sup>, in Prozent



1) Die Grenzen werden in Relation zum bedarfsgewichteten Medianeinkommen abgeleitet: relativ Arme: unter 60 Prozent, untere Mitte: 60 bis 80 Prozent, Mitte im engeren Sinn: 80 bis 150 Prozent, obere Mitte: 150 bis 250 Prozent, relativ Reiche: mehr als 250 Prozent.

2) Bedarfsgewichtete Haushaltsnettoeinkommen. Bedarfsgewichtung mithilfe der neuen OECD-Skala.

3) Um annualisierte Vermögenswerte erweitertes Einkommen. Erweiterte Einkommen sind ebenfalls bedarfsgewichtet (neue OECD-Skala).

Quellen: SOEP v35; Institut der deutschen Wirtschaft

Abbildung 1: <http://dl.iwkoeln.de/index.php/s/AdxmlT2nnGz7LEJ>

Durch positive Vermögenswerte wird ein großer Teil der Personen in eine höhere Schicht gehoben. Da auch Personen mit geringen Einkommen teilweise über nennenswerte Vermögen verfügen, ist dieser Effekt in geringerem Ausmaß auch am unteren Rand zu beobachten. Liegen hingegen negative Vermögenswerte in Form von Schulden vor, fällt das erweiterte Einkommen geringer aus als das konventionelle. Die Folge kann bei unveränderten Schichtabgrenzungen ein Abrutschen in eine niedrigere Schicht sein. Insgesamt überwiegen jedoch die Aufstiege, da sich für die Mehrheit die finanziellen Ressourcen erhöhen, wenn nicht nur das Einkommen betrachtet wird.

Werden hingegen die Schichtgrenzen auf Grundlage der erweiterten Einkommen gebildet, so ergibt sich ein anderes Bild: Der Anteil der Menschen, die über weniger als 60 Prozent des Medians der erweiterten Einkommen verfügen, erhöht sich auf 20,4 Prozent. Die Erhöhung ergibt sich dadurch, dass Personen mit negativen oder kaum vorhandenen Vermögenswerten in eine niedrigere Schicht zurückfallen, da der Median der erweiterten Einkommen und die damit verbundenen Schichtgrenzwerte stärker ansteigen als die erweiterten Einkommen von Personen aus dem unteren Bereich der konventionellen Einkommensverteilung. Dies betrifft besonders die 14 Prozent der Personen, die über keine oder negative Vermögen verfügen. Dafür verändert sich bei Verwendung des höheren Schwellenwerts der Anteil der unteren Mitte nur geringfügig und auch die Bewegungen am oberen Rand fallen deutlich schwächer aus als bei Verwendung der konventionellen Schwellenwerte.

### **Erweiterte Einkommen steigen mit dem Alter**

Besonders deutlich wird die Rolle der Vermögen für die individuelle Wohlstandspolition bei einer Differenzierung nach dem Alter. Abbildung 2 zeigt, dass das konventionell verfügbare Haushaltseinkommen mit zunehmendem Alter steigt und mit Beginn des Rentenalters sinkt. Maßgeblich ist dafür, dass die Erwerbseinkommen oftmals durch geringere Renteneinkommen ersetzt werden. Dieser Zusammenhang ist aus der Lebenszyklustheorie hinlänglich bekannt und empirisch gut erforscht (Modigliani/Brumberg, 1954). Ein ähnlicher Verlauf zeigt sich bei den Nettovermögen. Die Erklärungen dafür sind vielfältig: Bis zum Rentenalter werden Vermögen durch Ersparnisse langsam gebildet, beispielsweise durch den Erwerb von Wohneigentum. Da dieses anfänglich mit einem Kredit belastet ist, steigt das Nettovermögen erst allmählich über die Zeit, bis der Kredit getilgt ist. Im Renten-

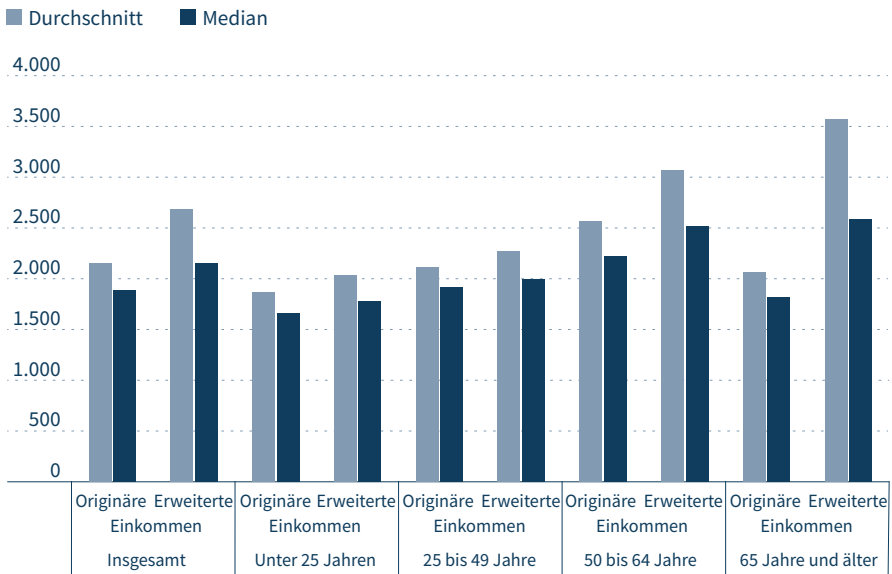
alter werden einige Teile des angesparten Vermögens periodisch verzehrt, um das geringere Einkommen im Ruhestand auszugleichen. Andere Teile werden oftmals aus altruistischen Motiven an die nächste Generation weitergegeben.

Die Erweiterung der Einkommen führt dazu, dass das monatlich verfügbare Einkommen der über 65-Jährigen im Durchschnitt am höchsten liegt: Es steigt von 2.066 Euro auf 3.574 Euro. Das entspricht einer relativen Erhöhung von 73 Prozent. Für die 50- bis unter 65-Jährigen, deren monatliches Durchschnittseinkommen von 2.569 Euro auf 3.068 Euro steigt, bedeutet die Berücksichtigung der Vermögen eine prozentuale Erhöhung von rund 19 Prozent. Um rund 9 Prozent höher liegt das durchschnittliche erweiterte Einkommen bei den unter 25-Jährigen, die sowohl bei konventioneller als auch erweiterter Betrachtung über die geringste Ressourcenausstattung verfügen. Dass der Effekt der Einkommenserweiterung für die Personen über 65 Jahre am größten ausfällt, liegt im Wesentlichen daran, dass

### Konventionelle und erweiterte Einkommen nach Altersgruppen

Abbildung 2

Bedarfsgewichtete Werte in Euro



Erweiterte Einkommen: um annualisierte Vermögenswerte ergänzt. Bedarfsgewichtung mithilfe der neuen OECD-Skala.

Quellen: SOEP v35; Institut der deutschen Wirtschaft

Abbildung 2: <http://dl.iwkoeln.de/index.php/s/b6HK7nkMCNX5xKk>

einerseits das höhere vorhandene Vermögen über weniger Perioden aufgeteilt wird, andererseits verteilt sich das Vermögen bei älteren Haushalten auf weniger Köpfe, da die Kinder ausgezogen oder der Partner in einigen Fällen bereits verstorben ist. Die Bedarfsgewichtung spielt hier somit eine Rolle. Die Ergebnisse sind nicht allein durch einige sehr hohe Vermögen bei wenigen Haushalten bedingt, da sich ähnliche Muster bei Betrachtung der Medianwerte zeigen, die weniger von Extremwerten beeinflusst werden.

### **Anteil älterer Wohlhabender steigt bei kombinierter Betrachtung**

Abbildung 3 zeigt, wie sich die Alterszusammensetzung der IW-Schichten durch die Einkommenserweiterung und für unterschiedlich gewählte Schichtgrenzen verändert. Dafür wird der Anteil der Personen aus den jeweiligen Altersgruppen an allen Personen einer Einkommensschicht bestimmt. Für die Betrachtung der konventionellen Einkommen zeigt sich im Wesentlichen, dass der Anteil jüngerer Menschen mit zunehmender Einkommensschicht abnimmt. Gegensätzlich verhält es sich mit der Altersgruppe der 50- bis 64-Jährigen, die mit gut 32 und knapp 45 Prozent vor allem in der oberen Mittelschicht und bei den relativ Reichen eine große Bedeutung einnehmen. Die 25- bis 49-Jährigen verteilen sich demgegenüber recht gleichmäßig über die Einkommensschichten. Dies gilt ebenso für die Älteren, die allein in der konventionellen Einkommensbetrachtung ohne Vermögen etwas stärker in der unteren Mitte vertreten sind.

Die Anteile der Altersgruppen verschieben sich mit Erweiterung der Einkommen um die Vermögensannuitäten erheblich (Abbildung 3). Unabhängig davon, ob die Schichtabgrenzungen den konventionellen oder erweiterten Einkommen folgen, steigt der Anteil der 65-Jährigen (und älter) in der Gruppe der relativ Reichen auf rund 45 und 49 Prozent. Im Gegensatz dazu sinkt der Anteil der 50- bis 64-Jährigen von vormals rund 45 Prozent auf rund 31 und 30 Prozent. Auch die unter 25-Jährigen machen in der Gruppe der relativ Reichen nur noch rund 8 und 7 Prozent aus (zuvor 13 Prozent). Dafür steigt ihr Anteil in der Mitte im engeren Sinn als auch in den darunterliegenden Gruppen. Die Anteile der verschiedenen Altersgruppen im Niedrigeinkommensbereich verschieben sich bei den unterschiedlichen Konzepten hingegen nur geringfügig. Dies deutet darauf hin, dass Vermögen im unteren Einkommensbereich deutlich seltener vorhanden sind.

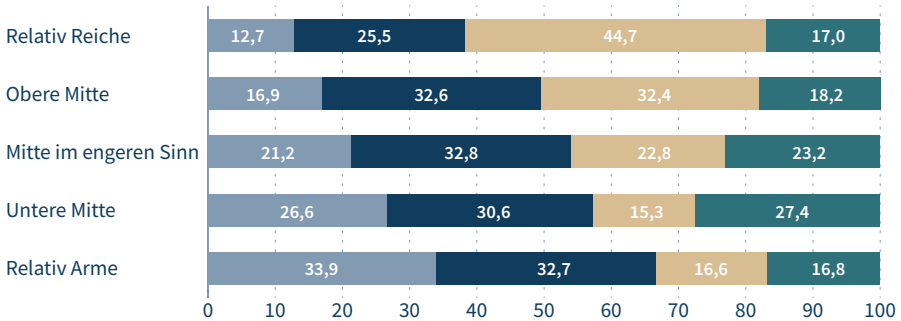
## Altersstruktur für unterschiedliche Einkommenskonzepte und Schwellenwerte

Abbildung 3

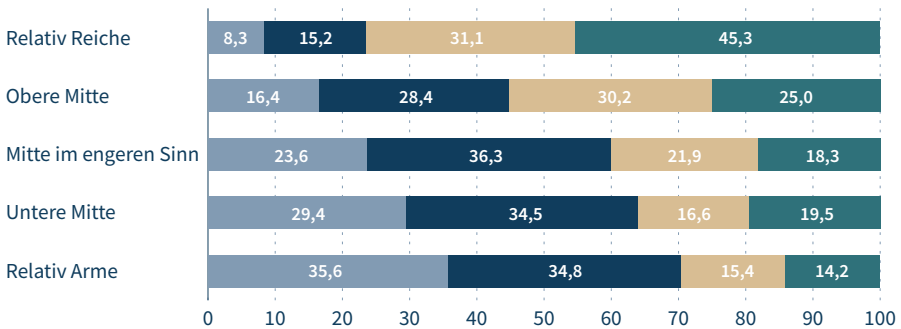
Anteil der Personen einer Altersgruppe an allen Personen einer Einkommensschicht, in Prozent

■ Unter 25 Jahren ■ 25 bis 49 Jahre ■ 50 bis 64 Jahre ■ 65 Jahre und älter

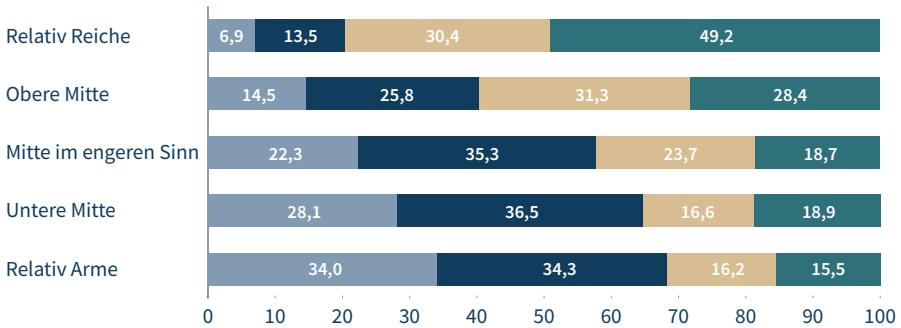
### Konventionelle Einkommen und Schwellenwerte



### Erweiterte Einkommen und konventionelle Schwellenwerte



### Erweiterte Einkommen und Schwellenwerte aus erweiterter Einkommensverteilung



Einkommensschichten auf Basis der IW-Abgrenzung. Erweiterte Einkommen: um annualisierte Vermögenswerte ergänzt.

Quellen: SOEP v35; Institut der deutschen Wirtschaft

Abbildung 3: <http://dl.iwkoeln.de/index.php/s/H5JQx5Nm42e9k2>



Die beobachteten Veränderungen der Schichtzusammensetzungen erklären sich somit in erster Linie durch den positiven Zusammenhang zwischen Einkommen und Vermögen sowie durch die beschriebenen Alterseffekte. In jungen Jahren treten die meisten Menschen mit relativ niedrigen Einkommen in den Arbeitsmarkt ein. Diese Einkommen steigen im weiteren Verlauf des Arbeitslebens langsam an. Dabei werden mit zunehmendem Lebensalter vermehrt Vermögen gebildet. Im Fall eines Erwerbs von Wohneigentum werden Hypotheken ebenfalls über lange Zeiträume getilgt, sodass der Vermögenszuwachs mit zunehmendem Alter eintritt.

Vor allem für alternde Gesellschaften zeigen die Ergebnisse damit eindrücklich, wie wichtig die Berücksichtigung von Lebenszykluseffekten für Verteilungsanalysen ist und dass die Ressourcenausstattung vieler Personen – besonders für die Älteren – nicht allein durch das Einkommen bestimmt wird. Diese Zusammenhänge erweisen sich auch dann als robust, wenn andere Zinssätze zur Bildung der Annuitäten verwendet werden.

### **Veränderung der Einkommensrisiken bei kombinierter Betrachtung**

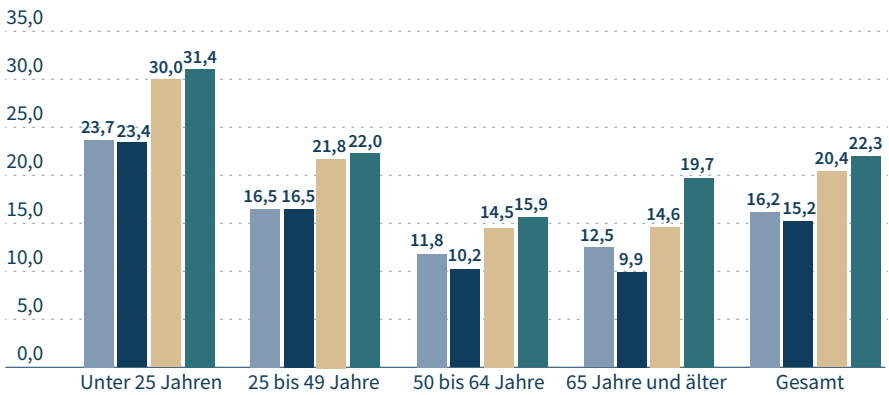
Da Armutsrisiken nach Altersgruppen eine besondere Rolle in der öffentlichen Debatte – etwa beim Thema Altersarmut – einnehmen, wird aufgeschlüsselt, wie sich die Einkommensrisiken nach Altersgruppen verändern, wenn die unterschiedlichen Einkommenskonzepte herangezogen werden. Abbildung 4 zeigt, dass bereits bei der konventionellen isolierten Betrachtung bedarfsgewichteter Nettoeinkommen die Niedrigeinkommensquoten Älterer unterdurchschnittlich ausfallen. Bei der Bevölkerung ab 65 Jahren verfügen 12,5 Prozent über weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens, bei der Gesamtbevölkerung ist der entsprechende Anteil mit 16,2 Prozent deutlich höher. Am höchsten fallen die Einkommensrisiken bei der Gruppe der unter 25-Jährigen aus. Bei der konventionellen Betrachtung liegt die bedarfsgewichtete Niedrigeinkommensgrenze bei 1.131 Euro netto monatlich (s. Tabelle). Wird diese Grenze beibehalten und werden gleichzeitig die um die entsprechenden Kapitaleinkommen verrechneten Vermögensannuitäten zum Einkommen hinzugerechnet, reduziert sich die Niedrigeinkommensquote der Älteren von 12,5 Prozent auf 9,9 Prozent. Wenn alternativ mittels einer zweidimensionalen Betrachtung untersucht wird, wie viele ältere Menschen mit niedrigem Einkommen auf ein Vermögen zurückgreifen können, das oberhalb von 60 Prozent

### Niedrigeinkommensquoten für unterschiedliche Einkommenskonzepte und Schwellenwerte

Abbildung 4

Anteil der Bezieher von Niedrigeinkommen<sup>1)</sup> in den jeweiligen Altersgruppen bei unterschiedlichen Einkommenskonzepten<sup>2)</sup>, in Prozent

- Konventionelles Einkommen, konventionelle Grenze
- Erweitertes Einkommen, konventionelle Grenze
- Erweitertes Einkommen, Grenze gemäß erweiterter Verteilung
- Konventionelles Einkommen, Grenze gemäß erweiterter Verteilung



Konventionelle Einkommensgrenze: 1.131 Euro; Grenze gemäß erweitertem Einkommenskonzept: 1.289 Euro.

1) Bedarfsgewichtetes Haushaltsnettoeinkommen ist niedriger als 60 Prozent des Medianeinkommens.

2) Erweitertes Einkommen: um annualisierte Vermögenswerte ergänzt.

Quellen: SOEP v35; Institut der deutschen Wirtschaft

Abbildung 4: <http://dl.iwkoeln.de/index.php/s/fA9kDy3wdS8HooD>

des Nettomedianvermögens liegt, verbleibt eine Quote von 8,9 Prozent, die gemäß obiger Bezeichnung als „twice poor“ einzuordnen ist.

Der Anteil der Menschen unter 50 Jahren mit niedrigem Einkommen verändert sich durch die kapitalisierten Vermögen hingegen nicht, wenn die konventionelle Nettoeinkommensgrenze beibehalten wird. Bei 60 Prozent des Medianeinkommens des erweiterten Einkommens als Schwellenwert, erhöhen sich die entsprechenden Quoten in allen Altersgruppen. Ein wesentlicher Grund liegt allerdings in der substantziellen Erhöhung des Schwellenwerts, ab dem ein Einkommen als niedrig klassifiziert wird. Wird zum Vergleich der erhöhte Schwellenwert von 1.289 Euro bei den konventionellen Einkommen ohne Berücksichtigung von Vermögen herangezogen, liegen die jeweiligen Quoten noch etwas höher. Wichtig zu betonen ist, dass es sich um unterschiedliche Abgrenzungen von Niedrigeinkommensquo-

ten handelt, deren Schwellenwerte deutlich oberhalb der Grenzen liegen, die konventionell zur Bemessung von Armutsrisiken herangezogen werden. Materiell schlechter stellen sich Haushalte ohne nennenswerte Vermögen im Vergleich zum Status quo dadurch nicht. Bemerkenswert ist zudem, dass sich einzig bei den Älteren nach Einbeziehung der Vermögensannuitäten der Anteil unterhalb der erhöhten Grenze von 19,7 auf 14,6 Prozent reduziert. Der unterschiedliche Effekt auf die Niedrigeinkommensquoten der verschiedenen Altersgruppen macht daher deutlich, dass im Gegensatz zu den Jüngeren einige ältere Haushalte im unteren Einkommensbereich über Vermögenswerte verfügen, die ihre relative Wohlstandsposition erhöhen. Bei Betrachtung der erweiterten Einkommen sticht das relativ höhere Einkommensrisiko bei den Jüngeren somit noch stärker hervor. Der robuste Befund steht damit in deutlichem Widerspruch zur Wahrnehmung der Bevölkerung, dass die Armutsrisiken bei den Menschen ab 65 Jahren am höchsten seien. Diese Wahrnehmung der Verteilung von Einkommensrisiken über den Lebenszyklus zeigte sich bereits in der Auswertung für den 5. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung (BMAS, 2017) und wurde durch eine vergleichbare Befragung für den 6. Armuts- und Reichtumsbericht bestätigt (Adriaans et al., 2020, Folie 10). Bei den Menschen unter 50 Jahren vermuten die meisten Menschen hingegen kein erhöhtes Risiko, arm zu sein.

### Wohlstandsverschiebung zugunsten Älterer

Gerade in einer Krise mit umfangreichen Einkommensausfällen ist die Bedeutung eines möglichen Rückgriffs auf Vermögen von besonderer Relevanz. Auch wenn die Datenlage eine Analyse der faktischen Einkommensverluste noch nicht ermöglicht, kann eine kombinierte Betrachtung von Einkommen und Vermögen ein umfassenderes Bild der finanziellen Situation der Haushalte liefern.

Mit Blick auf die Debatten über die Höhe der Vermögensungleichheit herrscht die weitläufige Vermutung, dass Vermögen vor allem bei Menschen mit hohem Einkommen konzentriert sind. Tatsächlich gehen höhere Einkommen in der Tendenz mit höheren Vermögen einher, was sich beispielsweise darin zeigt, dass einkommensstarke Haushalte über einen überdurchschnittlichen Vermögensanteil verfügen, der ebenfalls oberhalb des Einkommensanteils liegt. Gleichwohl zeigt die zweidimensionale Betrachtung, dass auch einige Haushalte im unteren und mittleren Einkommensbereich über nennenswerte oder auch hohe Vermögen verfügen.

Vor diesem Hintergrund ist es nicht überraschend, dass bei einer kombinierten Betrachtung von Einkommen und Vermögen die gemessene Ungleichheit des erweiterten Einkommens steigt. Der resultierende Gini-Koeffizient in Höhe von 0,365 zeigt indes, dass die Ungleichheit der Vermögen keineswegs vollständig auf die kombinierten Einkommen übertragen wird, da auch einige Haushalte im unteren und mittleren Einkommensbereich über nennenswerte Vermögen verfügen. Entsprechend steigt bei Berücksichtigung der Vermögensannuitäten nicht nur der Mittelwert und die höheren Perzentilgrenzen verschieben sich nach oben, sondern auch der Median und das 25. Perzentil erhöhen sich (s. Tabelle).

Weiterhin zeigt sich in der kombinierten Betrachtung, dass die höheren Einkommensrisiken bei den Jüngeren gegenüber den Älteren noch stärker hervortreten. Bei der Integration vorhandener Vermögen steht die Verteilung der Risiken nach dem Alter somit noch deutlicher im Widerspruch zu der mehrheitlichen Wahrnehmung der Bevölkerung, die die höchsten Armutsrisiken im Alter vermutet. Gleichwohl verdeutlicht die vorliegende Analyse, dass sich die Zusammensetzung der Menschen mit niedrigem Einkommen nur geringfügig verändert. Auch wenn einige Ältere mit geringem Einkommen über nennenswerte Vermögen verfügen, verbleiben dennoch knapp 9 Prozent der Altersgruppe 65 Jahre und älter, die über niedrige Einkommen und über niedrige Vermögen verfügen. Auch wenn die Quote bei den Jüngeren mit 30 Prozent deutlich höher ist, muss festgehalten werden, dass diese im Verlauf ihres Lebens sowohl Einkommen als auch Vermögen noch steigern können – eine Möglichkeit, die im Alter kaum mehr besteht.

Eine Erweiterung des Blicks auf die gesamte Einkommensverteilung zeigt, dass die wesentlichen Bewegungen durch die Berücksichtigung von Vermögen oberhalb der Niedrigeinkommensschwelle stattfinden. Unabhängig davon, ob die ursprünglichen oder erweiterten Einkommen als Schwellenwert verwendet werden, erhöht sich der Anteil der über 65-Jährigen in der oberen Mittelschicht von gut 18 Prozent auf 25 bis 28 Prozent und der Anteil bei den relativ Reichen von 17 Prozent auf 45 bis 49 Prozent (s. Abbildung 3).

Es gilt nochmals zu betonen, dass es sich bei der Annualisierung des Vermögens um eine hypothetische Betrachtung handelt. Gerade Wohnimmobilien lassen sich nicht ohne Weiteres periodisiert verkaufen und selbstgenutztes Wohneigentum

steht zudem unter einem besonderen Schutz. Weisbrod und Hansen (1968, 1316 f.) bemerken bereits in ihrer Analyse, dass theoretisches Konzept und praktische Umsetzungsmöglichkeit auseinandergehen. Weiterhin deuten Abgleiche mit Referenzstatistiken darauf hin, dass Vermögen in Befragungsdaten substanziell untererfasst sind. Auch die vorliegende kombinierte Betrachtung von Einkommen und Vermögen kann somit nur ein partielles Bild über den Wohlstand der Haushalte liefern. Die Beobachtung einer – auch theoretisch erwartbaren – Verschiebung der Ressourcen zugunsten älterer Haushalte dürfte bei einer besseren Erfassung der Vermögen etwas geringer ausfallen, aber im Wesentlichen bestehen bleiben.

Zudem bleibt bei allen Unwägbarkeiten offen, wie sich die derzeitige Corona-Pandemie auf das Einkommens- und Vermögensgefüge auswirken wird. Ob die ergriffenen Maßnahmen der Politik zur Stabilisierung der Einkommen und Beschäftigung erfolgreich sein werden, hängt in großem Ausmaß davon ab, ob sich die Konjunktur in naher Zukunft hinreichend schnell wiederbeleben lässt. Zur Wohlstandssicherung der breiten Bevölkerung ist dies eine zentrale Voraussetzung, wenngleich Verluste sicherlich nicht gänzlich vermieden werden können. Darüber hinaus hat die vorliegende Untersuchung gezeigt, dass ältere Mitbürger über eine größere finanzielle Widerstandsfähigkeit und Ressourcenausstattung verfügen, als es eine alleinige Betrachtung des Einkommens nahelegt. Trotz ihrer oftmals geringeren Renteneinkünfte – die in der Krise weitestgehend sicher sind – können sie häufiger auf Vermögenswerte zurückgreifen.

## Literatur

Adriaans, Jule et al., 2020, Einstellungen zu Armut, Reichtum und Verteilung in sozialen Lagen in Deutschland. Zweites Symposium zum 6. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, [https://www.armuts-und-reichtumsbericht.de/SharedDocs/Downloads/Berichte/zweites-symposium-arb6-praesentation-diw.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=1](https://www.armuts-und-reichtumsbericht.de/SharedDocs/Downloads/Berichte/zweites-symposium-arb6-praesentation-diw.pdf?__blob=publicationFile&v=1) [12.6.2020]

Beznoska, Martin / Hentze, Tobias / Niehues, Judith, 2017, Vermögensverteilung – Vorurteilen auf der Spur, Gutachten im Auftrag der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. (vbv), München

BMAS – Bundesministerium für Arbeit und Soziales, 2017, Lebenslagen in Deutschland. Fünfter Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Berlin

Bosch, Karel, 1998, Poverty and Assets in Belgium, in: Review of Income and Wealth, 44. Jg., Nr. 2, S. 215–228

Brandolini, Andrea / Magri, Silvia / Smeeding, Timothy M., 2010, Asset-based measurement of poverty, in: Journal of Policy Analysis and Management, 29. Jg., Nr. 2, S. 267–284

Goebel, Jan / Grabka, Markus, 2018, Armut im Zusammenspiel mit Einkommen und Vermögen, in: Böhnke, Petra / Dittmann, Jörg / Goebel, Jan (Hrsg.), UTB Sozialwissenschaften, Handbuch Armut. Ursachen, Trends, Maßnahmen, Opladen / Toronto, S. 93–106

Grabka, Markus / Westermeier, Christian, 2014, Anhaltend hohe Vermögensungleichheit in Deutschland, in: DIW-Wochenbericht, 81. Jg., Nr. 9, S. 151–164

Hauser, Richard / Becker, Irene / Grabka, Markus M. / Westerheide, Peter, 2007, Integrierte Analyse der Einkommens- und Vermögensverteilung: Abschlussbericht zur Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, Bonn

Köhler, Theresa, 2016, Income and wealth poverty in Germany, SOEP Papers on Multidisciplinary Panel Data Research, Nr. 857, Berlin

Kuypers, Sarah / Marx, Ive, 2018, Estimation of Joint Income-Wealth Poverty: A Sensitivity Analysis, in: Social Indicators Research, 136. Jg., Nr. 1, S. 117–137

Modigliani, Franco / Brumberg, Richard, 1954, Utility Analysis and the Consumption Function: An Interpretation of Cross-Section Data, in: Kurihara, Kenneth K. (Hrsg.), Post-Keynesian Economics, New Brunswick, N. J., S. 338–436

Niehues, Judith / Schröder, Christoph, 2012, Integrierte Einkommens- und Vermögensbetrachtung, in: IW-Trends, 39. Jg., Nr. 1, S. 89–104

Niehues, Judith / Schaefer, Thilo / Schröder, Christoph, 2013, Arm und Reich in Deutschland: Wo bleibt die Mitte?, IW-Analysen, Nr. 89, Köln

Pimpertz, Jochen / Stockhausen, Maximilian, 2019, Grundrente – ungelöste normative Widersprüche, in: Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, 68. Jg., Nr. 3, S. 203–221

Schröder, Carsten et al., 2020a, Erwerbstätige sind vor dem Covid-19-Virus nicht alle gleich, SOEP Papers on Multidisciplinary Panel Data Research, Nr. 1080, Berlin

Schröder, Carsten / Bartels, Charlotte / Göbler, Konstantin / Grabka, Markus M. / König, Johannes, 2020b, MillionärInnen unter dem Mikroskop: Datenlücke bei sehr hohen Vermögen geschlossen – Konzentration höher als bisher ausgewiesen, in: DIW-Wochenbericht, 87. Jg., Nr. 29, S. 511–521

SOEP – Sozio-oekonomisches Panel, 2020, Daten für die Jahre 1984-2018, Version 35, SOEP, 2018, Berlin

Statistisches Bundesamt, 2019, Sterbetafeln 2016/2018. Ergebnisse aus der laufenden Berechnung von Periodensterbetafeln für Deutschland und die Bundesländer, Wiesbaden

Weisbrod, Burton A. / Hansen, W. Lee, 1968, An Income-Net Worth Approach to Measuring Economic Welfare, in: The American Economic Review, 58. Jg., Nr. 5, S. 1315–1329

## How is Prosperity Distributed in Germany? A Combined Study of Income and Wealth

Distributional analyses often focus on either income or wealth. However, a comprehensive picture of the material well-being of a nation's households can only be obtained by considering both variables together. The present analysis measures changes in households' income brackets when their existing wealth is hypothetically distributed over the remaining life span of their household heads. Since higher incomes tend to go hand in hand with higher wealth, the resulting increase in income leads to higher inequality. However, the higher concentration of wealth is not fully transferred to incomes, as some people with low and medium incomes also have significant net worth. The combined analysis shows above all that while the elderly (65+) tend to have below-average incomes, they more often have greater net worth. Taken together, this leads to an improvement in their prosperity relative to younger people and to a higher share of the elderly in the upper middle class and among the relatively rich. Although this is a hypothetical view and still subject to uncertainties in the assessment of assets, the analysis makes clear that, when estimating the effects of age, it is important to take existing wealth into account. If this is included, older people are once more shown to be less vulnerable to income risks. The differences revealed by this combined view of households' resource endowments should be given due consideration when assessing poverty risks.